

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P. XXVI. 29

11. Februar 1971

Notwendige Polarisation

Sie trägt zur innerpolitischen Klärung bei
Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Negation um jeden Preis

Zum Abschluß der zweiten Lesung des Bundes-
haushalts

Seite 3 / 35 Zeilen

Die "Stärke" der CDU/CSU

Am Ergebnis der Bundestagsabstimmungen
demonstriert

Von Prof. Dr. Günter Siebert SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Wein, wenn was Gutes ist

Die Union und die Wohnbaupolitik der
Bundesregierung

Von Hedwig Meermann SPD-MdB

Seite 6 / 47 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Heussallee 2-10
Postfach: 3153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 885 846 366 847
868 946 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Notwendige Polarisation

Sie trägt zur innenpolitischen Klärung bei

Seit Bestand der sozial-liberalen Koalition vollzieht sich eine bemerkenswerte Entwicklung im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition. Sie steht im Zeichen der Polarisation beider Kontrahenten. Zwar besteht noch ein Mindestmaß an Übereinstimmung in Fragen, die die Existenz der Bundesrepublik betreffen - es gibt keinen Dissens über die Zugehörigkeit der BRD zum westlichen Bündnisystem, keinen über die Notwendigkeit, Berlin-West gegen künftige Pressionen abzusichern, denen es in der Vergangenheit so oft ausgesetzt war, und um die Steigerung der Lebensfähigkeit dieser Stadt, es herrscht Übereinstimmung darüber, daß unser freiheitliches Gesellschaftssystem gegen alle Gefahren des Links- und Rechtsradikalismus abgeschirmt werden muß, - aber damit sind die Grenzen der Gemeinsamkeit schon gegeben.

Der Kampf, der immer bitterere Formen annimmt und der trotz des herannahenden Frühlings fast zur Vereisung des innenpolitischen Klimas geführt hat, gilt dem Ausbau unserer inneren Ordnung. Ein CSU-Abgeordneter sprach sogar von Haß, der sich zwischen Regierung und Opposition aufgetan habe. Wohlgemerkt, diese Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen der Koalition und der Opposition stammt nicht von einem Abgeordneten des sozial-liberalen Lagers, sie stammt von einem CSU-Abgeordneten, der sich offensichtlich Sorge um die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik macht und sie auch nicht verschweigt.

Sicherlich hat dieser Abgeordnete übertrieben, was die Gefühlslage der Koalition und ihrer Motive anbelangt. Sie läßt sich gewiß nicht von Haß in ihren Handlungen leiten. Haß ist auch ein schlechter Ratgeber. Er tobt sich im Bereich des Irrationalen aus, erschwert das Erkennen der Wirklichkeit und erweckt schlimme, das Gemeinwesen zerstörende Reaktionen. Wenn aber dieser Abgeordnete mit seiner nicht ganz zutreffenden Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition auf den sich verstärkenden

innenpolitischen Spannungszustand hinweisen sollte, hat er gewiß recht. Er ist vorhanden, kann nicht geleugnet werden.

Die Hauptursache des sich vertiefenden Gegensatzes zwischen den Unionsparteien und der sozial-liberalen Koalition liegt in dem für die CDU/CSU noch nicht überwundenen Schock, den der Wahlausgang vom Herbst 1969 auslöste und in der Verschiedenheit der Auffassungen, wie unsere Bundesrepublik als ein sozial gerechter Staat, der allen Bürgern eine Heimstatt sein soll, in einer Welt voller Gefahren abgesichert werden kann. Die CDU/CSU ist selbst schuld daran, wenn sie den Ruch der Fortschrittsfeindlichkeit auf sich gezogen hat. Der CDU-Parteitag von Düsseldorf enthüllte den gesellschaftspolitischen Standort einer Partei, die die Weiterentwicklung unserer Bundesrepublik hemmt und die diese unsere Bundesrepublik in einen reaktionären Naturschutzpark, verbrämt mit sozialen Schnörkeln, verwandeln möchte.

Es geht - außer der Auseinandersetzung in der Ostpolitik - um den Abbau von Privilegien, um die Chancengleichheit für alle Bürger, es geht um Reformen, die uns und kommende Generationen befähigen, dem Auftrag des Grundgesetzes gerecht zu werden und in künftigen Stürmen zu bestehen. Das hat nichts mit Maß zu tun, wohl aber mit unvermeidlichen Auseinandersetzungen.

CDU/CSU stemmen sich dagegen. Sie stemmen sich auch gegen die Lehren der Geschichte. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden sie dabei nicht gut fahren. Es haben sich auf lange Sicht gesehen die Kräfte, die das Rad der Geschichte vorwärtszutreiben versuchen, immer als stärker erwiesen als jene, die dies verhindern wollen. Die Hoffnung bleibt, daß diese Einsicht vielleicht eines Tages auch der CDU/CSU zuteil wird.

Im Widerstreit zwischen den Konservativen, am Überlebten und Veralteten verharrenden Kräften, und den Strömungen, die zu neuen Ufern drängen, liegt freilich auch viel Gutes, auch wenn sich dieses Ringen im Zeichen der Polarisation abspielt. Es enthüllt die politische Landschaft der Bundesrepublik wie sie ist, schärft das Urteilsvermögen des politisch bewußten Bürgers und es belebt den Prozeß demokratischer Willensbildung. So gesehen hat die Polarisation zwischen Regierung und Opposition ihre positiven Seiten. Sie läßt klar erkennen, wer in einer Zeit stürmischer Entwicklungen, die geradezu nach Reformen rufen, wo steht, wer vorantreibt und wer bremst. Die CDU/CSU, da zu sehr vergangenheitsbezogen, hat sich zunächst den Weg für die Zukunft versperrt, sie tritt auf der Stelle.

lex/ex/11.2.1971 Bay

+ + +

Negation um jeden Preis

Zum Abschluss der zweiten Lesung des Bundeshaushalts.

Die zweite Lesung des Bundeshaushalts 1971 wurde nach marathon-ähnlichem Zeitaufwand von fast 70 Stunden in den Mitternachtsstunden von Mittwoch zu Donnerstag beendet. Keiner der Parlamentarischen Arbeit wissen, daß die Debatte zur zweiten Lesung des Haushalts wesentlich von den sachlichen Beiträgen und dem taktischen Verhalten der Opposition im Parlament mitgeprägt werden kann. Diese Aufgabe hat diesmal die Opposition völlig verfehlt. Abgesehen von einigen sachlichen Beiträgen der Haushaltsexperten verfiel die Opposition in ein wildes Hauen und Stechen. Sie gefiel sich im Zerreden der Sachgebiete und Verreißen der Personen. Am Ende war auch nicht ein Quentchen von Haushalts- und finanzpolitischer Alternativen zum Bundeshaushalt 1971 beigebracht worden. Die Massenmedien, Presse, Rundfunk und Fernsehen sahen sich fast außerstande, aus dem Mist von fünf Tagen Polemik noch den politischen Sachgehalt dieser Haushaltsdebatte der zweiten Lesung herauszustellen.

Selbst in den eigenen Reihen der Opposition ist der Unmut gegenüber dieser Negation um jeden Preis spürbar geworden. Als nach dem bombastischen Wortgeklingel der Oppositionskämpfer, "die größte Opposition, die es je gab" zum Schwur der Abstimmung und Auszählung antreten mußte, brachte sie ganze 137 Mannen auf die Waage. Fast 80 CDU/CSU-Abgeordnete waren über das politisch klägliche Schauspiel ihrer Fraktion zutiefst verärgert und blieben der Abstimmung fern.

Neutrale Beobachter sagen mit Recht, diese Opposition steuert ziellos und zügellos umher. Der Koalition könnte diese Verfassung der Opposition recht sein, wenn nicht wesentliches anderes zu bedenken wäre. Mit diesen sinnlosen Marachondebatten wird das Parlament in seiner gesetzgeberischen Arbeit gehindert, die Minister durch den Anwesenheitszwang auf der Regierungsbank in ihrer Ressortarbeit aufgehalten und dem Parlament in seiner politischen Wirksamkeit und Ansehen nach außen Schaden zugefügt. Im Interesse unser aller wäre es an der Zeit, wenn die Opposition in der Auseinandersetzung mit der Koalition wieder zum verantwortlichen Verhalten zurückfinden würde.

(ms/ex/11.2.1971/ks)

Die "Stärke" der CSU/CDU

Am Ergebnis der Bundestagsabstimmungen demonstriert

Von Prof. Dr. Günter Slotte SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Untersucht man nach 15-monatiger Regierungszeit der von der SPD und FDP getragenen Regierung Brandt/Scheel die Bemühungen der CSU/CDU Opposition, eigene Vorstellungen in Form von Anträgen im Deutschen Bundestag durchzusetzen, dann ist eine deutliche Diskrepanz zwischen der zahlenmäßigen Stärke der Gesamtfraktion der CSU/CDU und der Zahl der bei Abstimmungen tatsächlich abstimmenden Abgeordneten der Opposition als Ausdruck ihrer "Stärke" festzustellen. Tatsache ist, daß die Opposition noch keine Abstimmung im Plenum des Deutschen Bundestages gewonnen hat, was doch in erheblichem Widerspruch zu der von ihr immer wieder vorgebrachten Behauptung steht, die Unionsparteien seien die stärkste politische Kraft in der BRD. Stellvertretend für alle seien hier nur die Abstimmungen aufgeführt, bei denen eine A. swählung erforderlich wurde bzw. namentliche Abstimmung beantragt war.

Für eine Beurteilung der Abstimmungsergebnisse seien hier die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag vorweg angegeben:

SPD:		216 Abgeordnete	-	12 Abgeordnete aus Berlin		
FDP:	bis 8.10.70:	30	"	-	1	" " "
	ab 9.10.70:	27	"	-	1	" " "
CSU/CDU:	bis 8.10.70:	242	"	-	6	" " "
	ab 9.10.70:	244	"	-	8	" " "
				-	1	Hospitant

Daraus ergeben sich folgende Mehrheitsverhältnisse:

SPD/FDP:	bis 8.10.70 :	254	-	14
	ab 9.10.70 :	251	-	14
CSU/CDU:	bis 8.10.70 :	242	-	6
	ab 9.10.70 :	244	(1)	- 6

Die erste Abstimmung mit Auszählung ergab sich am 29.10.1969 in der 5. Sitzung bei der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung, als die Opposition den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung stellte und mit 242 : 219 Stimmen unterlag. Am 5.11.1969 (3. Sitzung) unterlag die Opposition einem Antrag der SPD/FDP betr. Einsetzung eines Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen mit 262 : 241 Stimmen. Als die CSU/CDU am 10.12.69 (19. Sitzung) für ihren Änderungsantrag zum Gesetz über einen Ausgleich für Folgen der Aufwertung der DM auf dem Gebiet der Landwirtschaft gamentliche Abstimmung beantragte, war sie sogar nur mit 171 Abg. (16 Berl.) vertreten, die Regierungskoalition dagegen mit 224 Abg. (+ 12 Berl.). Alle weiteren Abstimmungen erbrachten gleiche Ergebnisse.

Zieht man ein Fazit aus diesen für die Opposition unerfreulichen Abstimmungen, dann läßt sich unschwer erkennen, daß die CSU/CDU bis jetzt nicht in der Lage war, ihre Anträge mit dem Gewicht, d.h. der Stimmenzahl zu vertreten, wie es für die Regierungskoalition aus SPD/FDP für ihre eigenen Initiativen selbstverständlich war und ist. Weder bei z.B. der Debatte zum Scheckfreiheitsgesetz (39. Sitzung), noch bei den Beratungen zum Haushaltgesetz 1970 (55. + 60. Sitzung) oder 71 (99. Sitzung), noch bei anderen Debatten war die Opposition in der Stärke, mit der Stimmenzahl repräsentiert, mit der sie die Regierungskoalition hätte überschimmen können. Es erhebt sich zwangsläufig die Frage, ob die CSU/CDU ihre eigenen politischen Initiativen mit der inneren Geschlossenheit und Überzeugung vertritt, die in einer parlamentarischen Demokratie zur Durchsetzung eigener Vorstellungen nun einmal nötig ist.

(-/ex/11.2.1971:ks)

Nein, wenn was Gutes ist

Die Union und die Wohnbaupolitik der Bundesregierung

Von Hedwig Keermann SPD-MdB

750 Millionen Mark haben oder nicht haben, ist zweierlei. Der Wohnungsbauminister hat 750 Millionen Mark mehr in seinem Etat. Die CDU/CSU-Opposition war dagegen.

Warum eigentlich?

Ja, dazu hat sie bei der zweiten Lesung des Bundeshaushalts und in den vergangenen Wochen viel geredet und keinen wirklichen Grund angegeben.

Was hätte sie auch sagen sollen?

Etwas: "Wir haben keinen Änderungsantrag zum Haushalt des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen gestellt. Daraus ersehen Sie, daß wir ihn für richtig und vernünftig halten. Wir begrüßen es auch, daß in Gegensatz zu den letzten Jahren unserer Regierungszeit der Wohnungsbau jetzt eine hohe Priorität hat, daß erhebliche Mittel für das langfristige Wohnungsbauprogramm, die Verbesserung des Wohngeldgesetzes und die Ausdehnung der Bausparförderung in dem Haushaltsplan eingesetzt sind.

Ausgesprochen nett finden wir es, daß die Regierungsparteien uns in der Haushaltsdebatte nicht an alles erinnert haben, was wir im vergangenen Jahr zur Konjunkturpolitik gesagt haben. Und was die Gesetzesvorlagen aus dem Hause des Bundeswohnungsbauministers anbelangt, so sind wir im Grundsatz durchaus einverstanden. Da ist ja sowieso in einem Jahr mehr herausgekommen, als bei uns in einer ganzen Legislaturperiode.

Selbstverständlich haben wir für das Wohngeldgesetz gestimmt. Gegen das Städtebauförderungsgesetz zu stimmen müssen wir uns sehr überlegen, weil wir denn die engagierte öffentliche Meinung gegen uns hätten. Wir haben ja gottlob in den kritischen Punkten rechtzeitig die Kurve gekratzt, um von unserem eigenen Gesetzesentwurf herunterzukommen; denn das unsere Freunde aus den Sozialausschüssen ihn als "Entwurf zur Sanierung der Eigentümer" bezeichnet haben, war schon peinlich. Unsere Vorstellungen über einen langfristig angelegten Städtebau müssen wir ohnedies aus dem Bericht des Ministers entnehmen. Und wenn uns nicht jedes soziale Empfinden abgesprochen werden soll, können wir uns auch nicht dagegen stemmen, daß in Gebieten mit erheblichem Wohnungsfehlbestand die Mieter zum Ausgleich ihrer schwachen Marktposition einen besseren rechtlichen Schutz erhalten. Daß wir schließlich bei den Maßnahmen gegen Mietwucher, Mietüberhöhungen und gewisse Mißstände bei der Wohnungsvermittlung mitmachen, ist ja wohl selbstverständlich. Aber sagen dürfen wir das alles natürlich nicht, weil nicht wir, sondern die Sozialdemokraten den Wohnungsbauminister stellen. Deshalb stimmen wir auf alle Fälle gegen seine ganze Politik". - Und so hielt es die CDU zum Haushalt des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen mit der Jenny aus der Dreigroschenoper: "Ja, da muß man kalt und herzlos sein, schäde, da gibts überhaupt nur: Nein!" Schade, man sollte Polly sein, um kommentieren zu dürfen: "Die Weisheit hat sie soweit gebracht - beneidenswert, wer frei davon!"